



Antrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP**

Cybercrime effektiv bekämpfen - Vernetzte Sicherheitsarchitektur

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Kriminalität, die sich gegen das Internet, Datennetze, IT-Systeme oder deren Daten richtet oder mittels dieser Informationstechnik begangen wird (Cybercrime), ein wachsendes Deliktsfeld ist. Zu den vielfältigen Erscheinungsformen dieser Art von Kriminalität gehören insbesondere Hacking, illegales Doxxing, Phishing, Identitätsdiebstahl, digitale Erpressung und sonstiger Datenmissbrauch unter dem Einsatz von Schadsoftware. Der Phänomenbereich des Cybercrime gefährdet Bürgerinnen und Bürger, sowie Wirtschaftsunternehmen in Schleswig-Holstein und kann empfindliche Schäden auslösen.

Die Landesregierung wird gebeten

1. auf eine bessere Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen Bund und Ländern hinzuwirken. Das vernetzte IT-Sicherheitsvorfallmanagement des Bundes muss auch mit der polizeilichen Arbeit vernetzt werden. Im Falle eines Angriffs auf Einrichtungen zur Gewährleistung wichtiger Infrastrukturen (z.B. KRITIS-Betreiber) sowie besonders gefährdeter Unternehmen sind Mechanismen vorzuhalten, die ein gemeinsames Vorgehen der Institutionen des Bundes und der Länder gewährleisten,
2. die Personalstrategie der Landespolizei und Justiz zu evaluieren und fortzuentwickeln, um der wachsenden Bedrohung durch Cybercrime Rechnung zu tragen.
3. Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen durch geeignete Informationsangebote und Veröffentlichungen stärker auf die bereits bestehenden Beratungsangebote zur Abwehr von Hackerangriffen und Datenspionage hinzuweisen. Es ist in diesem Zusammenhang auf Bundesebene darauf hinzuwirken, in allen Bundesländern zentrale Anlaufstellen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)

einzurichten. Im Fokus sollen hierbei der direkte Informationsaustausch sowie die schnelle Hilfe vor Ort stehen.

Begründung:

Je mehr Bereiche des täglichen Lebens sich in den digitalen Raum verlagern, desto größer wird auch die abstrakte Gefährdung durch sog. Cybercrime. Unsere Sicherheitsbehörden stehen in diesem Zusammenhang vor veränderten Herausforderungen. Der Ermittlungsalltag wird zunehmend von Sachverhalten mit digitalem Bezug geprägt. Mit der Einrichtung des „Kompetenzzentrum Digitale Spuren“ beim LKA hat die Landesregierung hier bereits wichtige Weichen gestellt. Besonders hervorzuheben sind die zusätzlichen Stellen für Informatiker und Informatikerinnen sowie Ingenieure und Ingenieurinnen.

Mit dem vorliegenden Antrag soll die Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen Bund und Ländern hervorgehoben werden. Das bestehende IT-Sicherheitsvorfallmanagement von Bund und Ländern muss daher laufend fortentwickelt werden. Es ist ebenso unerlässlich, dass im Falle von Cyberattacken abgestimmte und einheitliche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr getroffen werden können. Cyberkriminalität kennt keine Ländergrenzen, weswegen dieser Prozess unausweichlich ist.

Claus Christian Claussen
und Fraktion

Burkhard Peters
und Fraktion

Jörg Hansen
und Fraktion